



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law



Planung und Auswertung der Befragung von Einsatzkräften der Polizei und Feuerwehr

Kurzbericht

BMBF-Projekt TankNotStrom

Teilprojekt: Psychosoziale und rechtliche Folgen eines
langandauernden Stromausfalls

Leitung: Prof. Dr. Birgitta Sticher
Prof. Dr. Claudius Ohder

Dipl.-Psych. Karl Boehme
Prof. Dr. Birgitta Sticher
Prof. Dr. Claudius Ohder
Hochschule für Wirtschaft und Recht
Fachbereich 5: Polizei und Sicherheitsmanagement



Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	2
2. STRESSTHEORIEN.....	2
2.1 Stressmodell von Lazarus.....	3
2.2 Weiterentwicklung von Hobfoll.....	3
3. GRUNDANNAHMEN ZUR PLANUNG DER BEFRAGUNGEN.....	3
4. DATENERHEBUNG.....	4
4.1 Auswahl der Quartiere.....	4
4.2 Entwicklung des Leitfadens.....	6
5. AUSWERTUNG DER BEFRAGUNGEN.....	7
5.1 Vergleich der Stadtquartiere.....	7
5.1.1 Allgemeingültige Erkenntnisse.....	7
5.1.1.1 Niedriger Sozialindex, viel Migrationshintergrund.....	8
5.1.1.2 Niedriger Sozialindex, unabhängig vom Migrationshintergrund.....	10
5.1.1.3 Hochhaussiedlungen.....	11
5.1.1.4 Hoher Sozialindex, wenig Migrationshintergrund.....	12
5.1.1.5 Hoher Sozialindex, viel Migrationshintergrund.....	12
5.1.2.1 Besonderheiten der linksextremen Szene in Friedrichshain.....	13
5.2 Vergleich der Institutionen.....	13
5.2.1 Besonderheiten bei der Polizei.....	15
5.2.2 Besonderheiten bei der Feuerwehr.....	16
6. HINWEISE FÜR DIE ANGESTREBTE TECHNISCHE BZW. LOGISTISCHE LÖSUNG ZUR KRAFTSTOFFVERSORGUNG IM RAHMEN VON TANKNOTSTROM.....	16
7. FAZIT.....	17
ANHANG.....	18
Leitfaden.....	18
Zusammenfassung der Konsequenzen für Krisenvorsorge und -management.....	20
LITERATURVERZEICHNIS.....	22



1. Einleitung

Diese Kurzfassung der Auswertung kann die theoretische Basis nur anreißen, außerdem fehlt die Darstellung der einzelnen Befragungen. Die hier enthaltenen Ergebnisse ergaben sich erst nach einer systematischen Auswertung, die Grundlagen dafür finden sich in der Langversion des Berichtes.

Das Projekt „TankNotStrom“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert und ist interdisziplinär angelegt. Technisches Ziel des Projektes ist es, ein System zu entwickeln, das im Falle eines Stromausfalls die Kraftstoffversorgung kritischer Versorgungsstrukturen, z. B. von Krankenhäusern oder Einsatzkräften, sicherstellt. Um den Bedarf der verschiedenen Abnehmer bei einem Stromausfall effizient zu decken, ist eine technische Innovation notwendig, die energieunabhängig die Füllstände von Kraftstofftanks überwacht und eine passgenaue Logistik erst möglich macht. Für die passgenaue Entwicklung wurde bereits das Szenario eines sechstägigen Stromausfalls in Berlin und Brandenburg entwickelt, welches nun den Hintergrund für die weitere Forschung bildet. Um eine Lösung zur Kraftstoffversorgung anbieten zu können, müssen bei der Entwicklung des technischen Systems und der logistischen Umsetzung die psychosozialen Reaktionen der Bevölkerung berücksichtigt werden, weil diese erheblichen Einfluss auf die angestrebte Lösung nehmen können. Dafür ist eine möglichst realistische Abschätzung der Bevölkerungsreaktionen notwendig. Die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR, Fachbereich 5 Polizei und Sicherheitsmanagement, Projektleitung Prof. Dr. Sticher/ Prof. Dr. Ohder) übernimmt, nach der Mitwirkung an der Entwicklung des Szenarios, die Durchführung dieses Teilprojekts für Berlin.

Um die psychosozialen Reaktionen der Bevölkerung bei einem Stromausfall abschätzen zu können, sind empirische Untersuchungen notwendig. Bisher gibt es keine Studien zu dieser Fragestellung. Der entstehende Stress spielt für die Reaktionen der Menschen auf äußere Ereignisse eine entscheidende Rolle. Aus dieser Erkenntnis leitet sich auch das weitere Vorgehen ab, um Aussagen über die psychosozialen Folgen und letztlich die Reaktionen der Bevölkerung machen zu können.

In der gesamten Ausarbeitung wird bei allgemeinen Formulierungen für eine bessere Lesbarkeit die männliche Form verwendet. Weibliche Personen sind stets einbezogen.

2. Stresstheorien

In der psychologischen Forschung zum Umgang mit Katastrophen bestimmen in erster Linie die Art der Katastrophe, also die Art der einwirkenden Stressoren, sowie der gesellschaftliche und individuelle Umgang mit diesen Stressoren die Reaktionen der Bevölkerung. Letztlich können alle Reaktionen auf die jeweils wirksamen Stressoren und den Umgang mit ihnen zurückgeführt werden.



2.1 Stressmodell von Lazarus

In der Stressforschung wurde durch Lazarus 1974 mit dem transaktionalen Stressmodell eine Wende eingeleitet. Er erkannte, dass die objektive Beschreibung verschiedener Reize für die individuelle Bewertung wenig Aussagekraft besitzt. Für den Einzelnen ist die subjektive Bewertung der Reize entscheidend. Ein objektiv identisches Ereignis kann für einen Menschen extrem belastend, für einen anderen relativ unbedeutend sein.

2.2 Weiterentwicklung von Hobfoll

Hobfoll (1998) entwickelte die Stresstheorie von Lazarus zu seiner Theorie der Ressourcenerhaltung und des multiaxialen Copingmodells (COR¹) weiter. Bei Lazarus stand die individuelle Bewertung einer Situation im Mittelpunkt der theoretischen Herleitung. Hobfoll wendete sich verstärkt den verfügbaren Ressourcen zu. Nach Hobfoll tritt Stress dann ein, *„wenn der Verlust der Ressourcen droht oder auftritt, die zur Aufrechterhaltung des Individuums selbst, dessen Familie oder des umfassenden Kontextes gedacht sind“*. Durch diese Neuausrichtung wird die Bedeutung der subjektiven Wahrnehmung, wie sie Lazarus postulierte, nicht ignoriert, aber die Ressourcen werden als Schlüsselfaktoren für Wahrnehmung und Bewertung erkannt. Stress muss also immer in einem sozialen Kontext verstanden werden und ist nicht nur an individuelle Fähigkeiten gekoppelt.

3. Grundannahmen zur Planung der Befragungen

Basierend auf der COR-Theorie von Hobfoll sollte festgestellt werden, ob es in Quartieren mit vergleichsweise wenig verfügbaren Ressourcen besondere Reaktionsmuster gibt, die im Falle eines Stromausfalls im Krisenmanagement berücksichtigt werden müssen oder das angestrebte technische bzw. logistische Konzept zur Versorgung mit Treibstoff beeinflussen. Der Untersuchung liegen konkret folgende Annahmen zugrunde:

¹ COR: Conservation of Resources



1. Die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr können auf Grund ihrer Einsatz-erfahrungen eine gute Einschätzung über Ressourcenausstattung und Bewäl-tigungsstrategien der Bevölkerung in ihrem Einzugsbereich geben und Prog-nosen über gruppenspezifische Bewältigungsstrategien bei lang andauern-dem Stromausfall formulieren.
2. Die Stadt Berlin weist Quartiere mit einer Bevölkerung auf, die über geringe Ressourcen verfügen. Menschen in diesen sozialschwachen Quartieren sind im Krisenfall von einem weiteren Ressourcenverlust bedroht.
3. Die Beschaffenheit bzw. das Fehlen von Ressourcen wirkt sich gerade bei lang andauerndem Stromausfall krisenverschärfend aus.
4. Die Art der Bewältigung des eingetretenen oder drohenden Ressourcenver-lustes weist starke gruppenspezifische Unterschiede auf. Hierbei spielt sowohl der kulturelle Hintergrund („Türken“, „Araber“, „Russen“) als auch die politi-sche Überzeugung (linke oder rechte Gruppierungen) für die Art der Krisen-bewältigung eine wichtige Rolle.

Um diese Annahmen zu prüfen, sind die verfügbaren Ressourcen sowie der Umgang mit Stress im Alltag zu erheben. Entscheidend ist eine sinnvolle Auswahl von in sich homogenen Quartieren Berlins bzw. die Beschreibung verschiedener Bevölkerungsgruppen, die innerhalb der jeweiligen Gruppe eine ähnliche Lebenssituation haben. Eine ähnliche Lebenssituation bedeutet ein ähnliches Gefüge von Ressourcen und Bindungen, das die Grundlage für die Reaktion auf stressende Ereignisse bildet.

4. Datenerhebung

Um möglichst viele relevante Informationen zu erhalten, wurden qualitative Befragungen von Experten in Bezug auf Stressverarbeitung in der Bevölkerung durchge-führt. Als Gesprächspartner mit besonderer Kompetenz und einem großen prakti-schen Erfahrungsschatz in Bezug auf die Stressverarbeitung der Bevölkerung wur-den in einem ersten Schritt Polizisten und Feuerwehrleute befragt. Diese Einsatzkräf-te erleben die Bevölkerung vor Ort regelmäßig in besonders belastenden Situationen und haben über längere Zeit miterlebt, wie mit diesen Situationen umgegangen wird. Daraus lassen sich Schlüsse über verfügbare Ressourcen und Bewältigungsstrate-gien ableiten und letztlich Reaktionsmuster der Bewohner verschiedener Quartiere vorhersagen oder zumindest als wahrscheinlich eingrenzen.

4.1 Auswahl der Quartiere

Entscheidend für die psychosozialen Reaktionen sind die verfügbaren Ressourcen und Copingstrategien, die sich individuell deutlich unterscheiden. Da für die Abschät-zung einer möglichen Beeinträchtigungen der Kraftstofflogistik im Sinne des Projek-



tes TankNotStrom besonders die Bevölkerungsteile identifiziert werden sollen, deren Ressourcen und folglich auch deren Bewältigungsstrategien besonders limitiert sind, wurden Gebiete mit besonders wenig Ressourcen für die Datenerhebung ausgewählt. Eine gute Übersicht über die jeweils verfügbaren Ressourcen bietet der Berliner Sozialstrukturatlas. Neben dem Sozialstrukturatlas war der Anteil von Bevölkerung mit Migrationshintergrund ausschlaggebend für eine Auswahl der Quartiere. Zusätzlich wurden Gebiete mit besonders vielen Hochhäusern in die Befragungen einbezogen. Die vor allem in Ostberlin verbreiteten Plattenbauten, aber auch Wohnungsbauprojekte wie die Gropiusstadt, haben massiven Einfluss auf die Ressourcenlage der Bewohner im Falle eines Stromausfalls. Fahrstühle, die nicht mehr funktionsfähig sind und vor allem nachlassender Wasserdruck und eventuelle Evakuierungen bedeuten einen starken Einschnitt in die verfügbaren Ressourcen zur Bewältigung der Situation. Die linksradikale Szene in Berlin Friedrichshain sollte ebenfalls berücksichtigt werden. Die zahlenmäßig gut vertretene Subkultur hat immer wieder Konflikte mit der Polizei und stellt im Falle eines Stromausfalls eine Gruppe dar, die beim Krisenmanagement vor Ort berücksichtigt werden muss.

Es entstand eine Liste von Quartieren, die in die Befragung einbezogen werden sollten. In jedem dieser Quartiere wurden anschließend die Polizeiabschnitte und Feuerwehrrwachen herausgesucht. In Abbildung 1 sind die berücksichtigten Abschnitte und Feuerwehrrwachen vor dem Hintergrund einer Übersicht aus dem Sozialstrukturatlanten abgebildet. Rot eingefärbte Gebiete des Sozialstrukturatlanten bedeuten einen besonders niedrigen Sozialindex I. Insgesamt wurden fünf Feuerwehrrwachen und acht Polizeiabschnitte berücksichtigt.

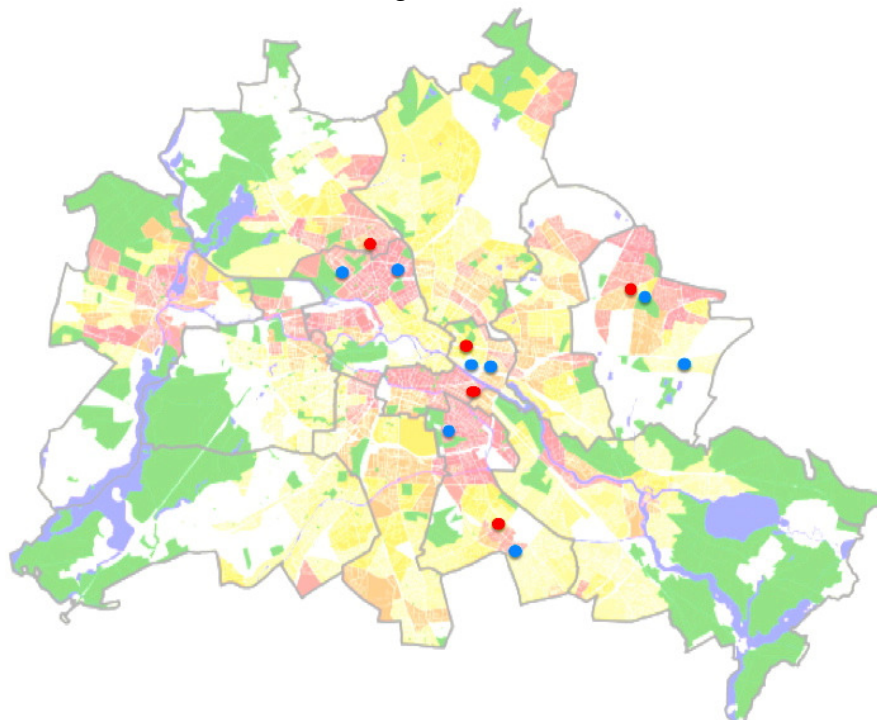


Abb. 1: Polizeiabschnitte (blau) und Feuerwehrrwachen (rot)



Die folgende Tabelle 1 listet alle einbezogenen Wachen und Abschnitte, das jeweils für die Auswahl berücksichtigte Quartier und die inhaltliche Begründung für die Auswahl auf. Feuerwache wird mit FW abgekürzt, Polizeiabschnitt mit AS. Diese abkürzende Schreibweise wird auch im weiteren Verlauf der Ausarbeitung beibehalten.

Name der Wache/ des Abschnitts	Quartier	Begründung
FW Wedding, AS 35/36	Reinickendorfer Straße (Wedding)	niedriger Sozialindex/ hoher Migrantenanteil
FW Kreuzberg, AS 55	Rollberg (Neukölln)	niedriger Sozialindex/ hoher Migrantenanteil
FW Buckow, AS 56	Mohriner Allee Nord (Britz) und Gropiusstadt	hoher Sozialindex/ hoher Migrantenanteil und niedriger Sozialindex/ Hochhäuser
FW Friedrichshain, AS 57/58	Samariterviertel (Friedrichshain)	gemischter Sozialindex/ starke linksradikale Szene
FW Marzahn, AS 62/63	Alte Hellersdorfer Straße + Havemannstraße (Marzahn-Hellersdorf)	niedriger Sozialindex/ Hochhäuser

Tabelle 1: Liste der berücksichtigten Feuerwehrwachen und Polizeiabschnitte

4.2 Entwicklung des Leitfadens

Die Befragungen wurden durch einen vorher entwickelten Leitfaden gestützt. Dieser Leitfaden soll hier kurz beschrieben werden. Nach einer kurzen Vorstellung des Projektes wurden Daten zur befragten Person erhoben. Die Befragten wurden darüber informiert, dass die Ergebnisse der Befragung anonymisiert weiterverarbeitet werden. Im ersten Teil der Befragung wurde Bezug auf praktische Erfahrungen bei konkreten Einsätzen genommen. Die Art der Einsätze, die Akzeptanz der Einsatzkräfte durch die Bevölkerung (verdeutlicht anhand positiv und negativ erlebter Einsätze), Schwierigkeiten bei der Kommunikation im Rahmen der Einsätze sowie Lösungsansätze bezogen auf die aufgetauchten Probleme im Umgang mit der Bevölkerung wurden erfragt. Dieser erste Teil diente auch dazu, den Befragten den Einstieg in das Thema Stromausfall zu erleichtern. So konnten zunächst anhand konkreter Einsatzsituationen Erfahrungen abgerufen werden, ohne das fiktive Stromausfallszenario mizudenken. Im zweiten Teil sollten sich die Befragten dann das Szenario Stromausfall vorstellen. Dieser zweite Teil erforderte von den Befragten ein Eindenken in die fiktive Situation Stromausfall. Sie wurden aufgefordert, das Gedankenexperiment Stromausfall in Berlin durchzuspielen. Hierbei war es von besonderem Interesse, welche Folgen durch den Stromausfall im Einsatzbereich konkret erwartet wurden, welche Probleme und Bewältigungsstrategien die Einsatzkräfte in den eigenen Reihen und bei der Bevölkerung für wahrscheinlich hielten. Des Weiteren war von Interesse, welche Maßnahmen sie als Vertreter ihrer Profession im Krisenfall durchführen würden. Der Leitfaden befindet sich im Anhang.



5. Auswertung der Befragungen

Die leitfadengestützten Interviews wurden aufgenommen und transkribiert. Zur systematischen Verarbeitung der Befragungen wurde ein Kategoriensystem entwickelt:

Zunächst ging es darum, die erhaltenen Informationen zu extrahieren und zu kategorisieren. Dabei wurde zwischen Informationen zum Ausfall von Funktionen, zu Risiken, d.h. den negativen Folgen des Stromausfalls und zu den Reaktionen der Bevölkerung sowie der Institutionen (Polizei und Feuerwehr) unterschieden. In einem zweiten Schritt folgte dann die interpretative Auswertung der Interviews in Bezug auf die Ressourcenlage in der Bevölkerung und bei den Einsatzkräften (Institutionen). Anschließend wurde die Auswertung hinsichtlich der daraus ableitbaren psychosozialen Folgen im Falle eines Stromausfalls interpretiert. In einem letzten Schritt galt es, alle relevanten Aussagen für die Krisenvorsorge und das Krisenmanagement zusammenzuführen.

5.1 Vergleich der Stadtquartiere

Auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der untersuchten Stadtgebiete wird im folgenden Abschnitt Bezug genommen. Durch die systematische Aufarbeitung soll deutlich werden, in welchen Bereichen allgemeingültige Aussagen getroffen werden können und was nur für spezielle Stadtgebiete bzw. spezielle Gruppierungen gilt.

5.1.1 Allgemeingültige Erkenntnisse

Eine Problemgruppe bei einem Stromausfall sind insbesondere Alleinstehende, hilfsbedürftige alte und kranke Menschen und andere vulnerable Personen, die ihren Alltag unter normalen Umständen gerade noch im Griff haben und nicht auf externe Hilfen angewiesen sind. Diese Gruppe verfügt zum Teil über keinerlei stützende Netzwerke und wenig materielle Ressourcen. Bei einem Stromausfall wäre es wichtig diese Gruppe zu erreichen, um Hilfen zu gewährleisten. Von diesen Personen sind meist keine Informationen über Lebenssituation und Aufenthaltsort bekannt. Wie gut Ältere im Einzelfall noch in stützende Netzwerke eingebunden sind oder ob sie tatsächlich isoliert sind, ist ebenfalls meist unklar. In dieser Gruppe wird es am ehesten schwere Verletzungen oder gar Tote geben, wenn die Versorgung mit Trinkwasser und Nahrungsmittel schwieriger wird und die hygienischen Verhältnisse durch Wegfall der Abwasserentsorgung kritisch werden. Vor allem Personen, die nicht bei einem Versorgungsdienst registriert sind, die keinen rollenden Mittagstisch bekommen, nicht in Altersheimen untergebracht sind und den Alltag bei funktionierendem Aufzug gerade noch bewältigen können, bereiten den befragten Feuerwehrleuten und Polizisten Sorgen. Bei Menschen, die auch im Alltag auf externe Hilfen angewiesen sind, ist die Situation bei einem Stromausfall ebenfalls schwierig, die Einsatzkräfte verfügen dann aber über Informationen zu Lebensumständen und Aufenthaltsort bzw. könnten sich diese besorgen, wenn sie sich mit Hausärzten oder den in die Versorgung involvierten Stellen in Verbindung setzen. Dialysepatienten und Bürger mit



Heimbeatmungsgeräten stellen ebenfalls eine Risikogruppe im Falle eines Stromausfalls dar. Hilfreich wären zentrale Listen, sodass der Feuerwehr oder der Polizei die Betroffenen bekannt sind.

Die verschiedenen Stadtgebiete Berlins sind oft auch Durchfahrtsgebiet für weiter außen liegende Stadtteile oder für den Verkehr in das und aus dem Umland. Die Verkehrsachsen Frankfurter Allee und Karl-Marx-Allee in Friedrichshain sind z. B. wichtige Routen mit sehr viel Verkehr. Auch die B 1, die B 5 und die B 158 haben sehr hohe Verkehrsaufkommen. Ähnliche Magistrale durchziehen das ganze Stadtgebiet. Der Verkehr wird in der gesamten Stadt zum Erliegen kommen. Speziell Großsiedlungen außerhalb des S-Bahn Rings wie Marzahn-Hellersdorf, reine „Schlafstädte“, sind von so einem Verkehrschaos besonders betroffen. Die Anfahrtswege sind oft weit und nur mit dem Auto oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen. Der Verkehrskollaps würde zum Teil bis in die späten Abendstunden hinein wirken. Durch den Ausfall der Telekommunikation bekommen Menschen, die besondere Verpflichtungen haben und diese durch das Verkehrschaos nicht einhalten können, besondere Schwierigkeiten. Eltern beispielsweise, die ihre Kinder in Kindergärten abgegeben haben und wegen des Stromausfalls nicht nach Hause kommen, hätten keine Möglichkeit, sich in den Kindergärten zu melden und ihre Kinder rechtzeitig abzuholen.

Die vielen kleineren Geschäfte in den Bezirken Mitte und Kreuzberg-Friedrichshain werden wahrscheinlich von den Besitzern möglichst lange weiter betrieben werden. Die Polizei kann jedoch keinen Schutz garantieren, lediglich Präsenz zeigen. Die Bewohner werden allerdings das Treiben auf den Straßen vom Fenster aus beobachten, was die Hemmschwelle für Raub und Diebstahl erhöht. Die kleineren Lebensmittelgeschäfte stellen außerdem eine Ressource im weiteren Verlauf des Ausfalls dar. Die großen Supermärkte sind ohne Strom nicht funktionsfähig, die kleineren Läden können auch mit Kerzen und manuellen Abrechnungssystemen offen gehalten werden.

Viele Bürger werden versuchen, bei Freunden oder Verwandten außerhalb des vom Stromausfall betroffenen Bereichs unterzukommen. Dadurch wird sich die Zahl der Bürger in Berlin deutlich verringern. Allerdings würden in der Folge möglicherweise Personen fehlen, die für die Bewältigung der Krise/ Katastrophe dringend gebraucht würden.

5.1.1.1 Niedriger Sozialindex, viel Migrationshintergrund

Vor allem Jugendliche und Heranwachsende mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund zeigen sich oft respektlos gegenüber Einsatzkräften der Polizei und der Feuerwehr. Einige der befragten Einsatzkräfte machen dafür das niedrige Bildungsniveau verantwortlich, andere den kulturellen Hintergrund. Wahrscheinlich ist eine Kombination aus verfügbaren Ressourcen, dem Bildungsniveau und kulturellem Hintergrund ursächlich. In Britz, einer gutbürgerlichen Einfamilienhaussiedlung, leben viele Bewohner mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund, die keinerlei Schwierigkeiten machen. Dort ist die Ressourcensituation wesentlich besser, das



Bildungsniveau z. B. ist deutlich höher. In soziokulturell schwachen Gegenden fühlen sich die Bewohner bei Maßnahmen, wie Absperrungen oder Verboten, schnell benachteiligt und reagieren dann leicht aufgebracht. Untereinander solidarisieren sich dann schnell Anwohner mit ähnlichem Migrationshintergrund und es bilden sich oft überraschend größere Menschenansammlungen, die der Polizei oder Feuerwehr gegenüberstehen. In solchen Situationen ist dann „Fingerspitzengefühl“ gefragt, um eine Eskalation zu vermeiden. Besonders erfolgreich, so die Meinung mehrerer Befragter, ist dabei ein gezieltes Geben und Nehmen, eine Mischung aus Zugeständnissen und dem Zeigen klarer Grenzen. Nur selten misslingt es den Einsatzkräften dennoch, massive Behinderungen oder gar offene Gewalt zu verhindern. Im Krisenfall sollten in diesen Gebieten erfahrene Beamte eingesetzt werden, die entsprechende deeskalative Methoden des Umgangs mit der Bevölkerung beherrschen. Insbesondere Beamte aus anderen Bundesländern, die zur Unterstützung in Berlin eingesetzt werden, müssen auf derartige Situationen vorbereitet werden.

Ein häufiges Problem betrifft die Verständigung. Es ist zum Teil sprachlich schwierig mit den Anwohnern zu kommunizieren, häufig sind es auch kulturelle Unterschiede, die eine Verständigung zwischen Einsatzkräften und Bevölkerung behindern. Bei rein sprachlichen Problemen können meist Kinder oder Nachbarn bei der Übersetzung behilflich sein.

Die Bewohner versuchen sich selbst warme Speisen zuzubereiten, indem sie auf Balkonen, in Innenhöfen oder sogar in der Wohnung grillen. Es gibt wenig Bewusstsein über die damit verbundenen Gefahren, wie Kohlenmonoxid in der Wohnung oder Brandgefahren. Auch im Alltag gibt es immer wieder Unfälle durch dieses Verhalten.

Vor allem in südlichen Ländern ist es normal, dass sich der Alltag auf der Straße abspielt. Wenn die Fernseher und Computer zu Hause nicht mehr funktionieren, werden sich viele, in den muslimisch geprägten Straßenzügen vor allem die Männer und ihre Söhne, auf den Straßen bewegen. Dies bedeutet zunächst einmal eine zusätzliche Ressource, da dadurch die Kommunikation und die Netzwerkbildung gefördert werden. Denkbar sind auch vermehrte Konflikte, da viele Menschen aufeinandertreffen. In der Katastrophenforschung geht man allerdings eher von prosozialen Verhaltensweisen in einer Krise aus.

Bei einem längeren Stromausfall hat die gegenseitige Unterstützung innerhalb der Migrantengruppen viele positive Effekte. So würden sich die Bewohner zunächst vermehrt gegenseitig helfen und sich innerhalb der großen Familien auch um vulnerable Gruppen wie Kranke, Alte und Kinder kümmern. Konflikte innerhalb der Familien werden in der Zeit des Stromausfalls insgesamt abnehmen. Vereinzelt kann es dennoch zu Gewaltausbrüchen kommen. Ein Problem sind latente Konflikte zwischen den verschiedenen Migrantengruppen oder auch in Familien, die bei einem Stromausfall, nach der anfänglichen gegenseitigen Unterstützung, durchaus erneut aufbrechen und dann eskalieren könnten. Dabei ist zu beachten, dass sich Bewohner mit ähnlichem Migrationshintergrund untereinander helfen und schnell viele Men-



schen zur Unterstützung organisieren können. Die im Alltag ohnehin vorhandene Tendenz Probleme „unter sich“, also ohne Beteiligung der Polizei zu lösen, könnte dann verstärkt zum Tragen kommen. Diese Tendenz bedeutet im Krisenfall eine positiv zu bewertende Ressource, da es den Beteiligten so meist auch ohne Beteiligung von Einsatzkräften gelingt, Konflikte aufzulösen. Im weiteren Verlauf, wenn Ressourcen wie Trinkwasser und Nahrungsmittel wegfallen und Evakuierungen notwendig werden, könnten auf breiterer Basis negativ wirksame Gruppendynamiken mit aggressiven Verhaltensweisen entstehen.

5.1.1.2 Niedriger Sozialindex, unabhängig vom Migrationshintergrund

Die Bürger in den sozialschwachen Wohngebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Bildungsstand haben ein hohes Bedürfnis nach Verteilungsgerechtigkeit. Wenn es in einer Extremsituation, etwa bei einem Stromausfall, darum geht, Ressourcen wie Trinkwasser oder Notstrom zu verteilen, ist dieser Umstand zu berücksichtigen. Auch wenn es übergeordnet sinnvoll erscheint, gezielt einseitig Straßenzüge zu beleuchten, oder zunächst besonders betroffene Gruppen zu versorgen, sollte dieser Umstand in die Planung einbezogen werden und Einfluss auf die Entscheidungen zur Ressourcenverteilung haben. Wenn eine ungleiche Verteilung von Ressourcen nicht zu vermeiden ist, können durch offensive Informationen und schnelle, deutliche Aufklärung negative Reaktionen der Bürger vermieden werden.

Die Erwartungshaltung der Bevölkerung an Polizei und Feuerwehr ist hoch. Im Krisenfall ist es deswegen besonders wichtig, Präsenz zu zeigen und möglichst schnell auf die Bevölkerung zu reagieren. Dabei sollten beruhigend und informativ wirkende Informationen per Durchsage im Radio/Funkwagen und per Flugblatt verteilt werden. Dies gilt prinzipiell sicherlich in allen Stadtquartieren, in gutbürgerlichen Vierteln stehen den Bewohnern jedoch mehr Ressourcen und damit auch mehr Copingstrategien zur Verfügung. In sozialschwachen Gebieten ist deswegen Präsenz der Einsatzkräfte besonders wichtig.

Die Fernseher funktionieren nicht, was für viele zu großer Langeweile führt. Vor allem bei arbeitslosen Bewohnern ist der Fernseher oft das Zentrum des Alltags. Dieser Umstand birgt Gefahren, da dadurch vermehrt Stress entsteht. In Krisenkonzepten sollte die Bevölkerung die Möglichkeit bekommen, sich an der Bewältigung der Krise zu beteiligen. Dies würde für die Einsatzkräfte nicht in jedem Fall eine direkte Hilfe sein, da eine entsprechend aufwendige Einweisung und Betreuung notwendig sein wird, ist aber für die Bürger wichtig. So könnten sie an der Bewältigung der Krise partizipieren.

In der nächtlichen Dunkelheit wird die Hemmschwelle für Raubstraftaten niedriger. Auch Gelegenheiten zum Diebstahl werden sich vermehrt ergeben. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich weniger Menschen in der Nacht allein durch die Straßen bewegen. In der Katastrophenforschung geht man davon aus, dass die Kriminalität in einer Krise insgesamt sinkt.



Die Drogenversorgung könnte im Falle einer Krise zu einem Problem werden. Wenn die Versorgung mit Drogen wie Heroin oder auch mit Alkohol zusammenbricht, gehören Süchtige sicherlich mit zu den gefährdeten Bevölkerungsgruppen, von denen auch durchaus eine Gefahr für andere ausgeht. Ein plötzlicher kalter Entzug, verbunden mit einer hohen zusätzlichen Belastung durch den Stromausfall, könnte für Süchtige lebensbedrohlich werden. Speziell wurde außerdem Tilidin als Gefahr benannt, das vor allem bei Jugendlichen beliebt ist und sehr aggressiv macht.

Zur Vorratshaltung in der Bevölkerung konnten die Befragten nur sehr ungenaue Angaben machen. Die Tendenz geht dahin, dass große Familien einige Vorräte haben, Alleinlebende eher weniger. Viele der einkommensschwachen Bürger haben vor allem gegen Ende des Monats wenig Vorräte, weil dann das Geld knapp wird. Überhaupt keine Vorräte haben alkoholranke und andere drogenabhängige Menschen. Zur Vorratshaltung könnten durch Fokusgruppen genauere Informationen gewonnen werden.

5.1.1.3 Hochhaussiedlungen

Die Versorgung der Bevölkerung erfolgt vor allem in Gebieten mit vielen Hochhäusern zum großen Teil über die Supermärkte. Wenn diese in der Krise nicht mehr geöffnet haben, muss die Bevölkerung weite Wege in Kauf nehmen bzw. ist auf andere Quellen angewiesen. In der Anfangszeit wäre es sinnvoll, einige Supermärkte per Notstromaggregat in Betrieb zu halten. Dieses Konzept hat beim Stromausfall im Münsterland geholfen.

In vielen Hochhäusern ist die Anonymität sehr hoch. Durch hohe Fluktuation bei den Mietern sind oft auch direkte Nachbarn nicht näher bekannt. Netzwerke entstehen eher über einen ähnlichen Lebenshintergrund und bei längerer Wohndauer (Familien/ ähnlicher Migrationshintergrund/ Alkoholiker). In der Krise werden sich dennoch viele gegenseitig helfen.

Ältere Menschen, Behinderte oder Kranke in den oberen Stockwerken sind bei einem Ausfall der Fahrstühle wahrscheinlich zum Teil nicht mehr in der Lage, ihre Wohnung zu verlassen bzw. in ihre Wohnungen zurückzukommen. Diese Leute müssen dann sehr schnell evakuiert werden, da sie den Alltag dann nicht mehr bewältigen können. Schwierig wird es für hilflose Personen, die sich nicht bemerkbar machen. Es gibt Menschen, die niemandem zur Last fallen wollen und erst Hilfe suchen, wenn sie sich kaum noch am Leben halten können. Aus dieser Gruppe könnte es in den Hochhaussiedlungen Todesopfer geben.

Zum Teil gibt es in den Hochhäusern auch Versorgungszentren wie Altersheime, die mit viel Aufwand geräumt werden müssen.

In Marzahn-Hellersdorf sind die Wege zur Feuerwehrwache bzw. zum nächsten Polizeiabschnitt sehr weit. Aus den Brennpunktgebieten in Hellersdorf-Nord zum AS 63 würde man etwa 45 Minuten zu Fuß laufen müssen. Verstärkte Präsenz vor Ort ist



deswegen besonders wichtig. So können Notrufe direkt an den Einsatzwagen registriert werden.

Der verminderte Wasserdruck wird nach einigen Tagen die Evakuierung von Hochhäusern notwendig machen. Theoretisch ist die Trinkwasserversorgung auch über dezentrale Stationen möglich. Die Bewohner müssten dann die Vorräte zu Fuß die Treppen hoch tragen. Problematischer ist allerdings die nicht funktionierende Abwasserentsorgung. Baustellentoiletten in den Höfen würden nicht von allen benutzt werden, da der Weg zu aufwendig oder zu schwierig ist. Dies würde zu massiven Geruchsbelästigungen und hygienischen Problemen führen. Wenn die Hochaussiedlungen in Berlin evakuiert werden, müssen sehr große Zahlen von Menschen aufgefangen werden. Allein in der Gropiusstadt leben knapp 40.000 Bewohner, in Marzahn-Hellersdorf sind es noch wesentlich mehr. Wenn die Siedlungen evakuiert sind, muss die Polizei Präsenz zeigen, um Einbrüche zu verhindern. Organisierte Banden könnten sonst gezielt diese Gebiete aufsuchen. Solche Maßnahmen müssen von umfangreichen Informationen für die Bevölkerung flankiert werden, damit es nicht zu Widerständen gegen die Evakuierung kommt. Gänzlich wird sich die Verweigerung vor Wohnungsräumungen nicht verhindern lassen.

5.6.1.4 Hoher Sozialindex, wenig Migrationshintergrund

Bei den Befragungen in den ausgewählten Problembezirken wurden als Kontrast oft die angrenzenden gutbürgerlichen Einfamilienhaussiedlungen herangezogen. Dabei zeigte sich, dass die Polizei dort vor allem eine Zunahme von Einbrüchen befürchtet. Die Einbrüche werden von gut organisierten Banden durchgeführt, die aus anderen Stadtteilen, aus Brandenburg oder Polen und Rumänien heraus operieren. Im Falle eines größeren Ausfalls ist mit einer vermehrten Aktivität dieser Banden zu rechnen. Vor allem Häuser, die wegen der Krise verlassen werden, sind dann gefährdet.

Die Befragten gehen davon aus, dass die Bewohner von Einfamilienhäusern vergleichsweise gut mit einem längeren Stromausfall umgehen können. Die nachbarschaftliche Hilfe ist in den gutbürgerlichen Wohngebieten im Krisenfall meist gut ausgeprägt. Dies bestätigen auch die Erfahrungen aus dem Stromausfall im Münsterland.

5.1.1.5 Hoher Sozialindex, viel Migrationshintergrund

In Gebieten mit einem hohen Sozialindex und verhältnismäßig hohem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, wie etwa um die Mohriner Allee Nord, gibt es in der Wahrnehmung von Polizei und Feuerwehr keine besonderen Schwierigkeiten im Alltag. Dort zeigen sich die Menschen gut integriert, es gibt nicht mehr Einsätze, als in entsprechend strukturierten Gegenden mit hohem Sozialindex und wenig Migrationshintergrund.



5.1.2.1 Besonderheiten der linksextremen Szene in Friedrichshain

Die autonome Szene in Friedrichshain fällt im Alltag oft durch Ruhestörungen auf. Die darauf folgenden Polizeieinsätze lassen sich durch die Anwendung deeskalierender Methoden meist friedlich vollenden. Dabei ist der Schlüssel ein vorsichtiger Umgang, bei dem etwa Beleidigungen als normaler Umgangston der Autonomen aufgefasst werden und ruhig auf die Gruppierung eingewirkt wird. Dabei muss die Polizei Kompromisse eingehen und mit „Fingerspritzengefühl“ vorgehen. In Einzelfällen muss dennoch Verstärkung gerufen werden, um die Situation in den Griff zu bekommen. Im Krisenfall sollten, ähnlich wie auch in Vierteln mit vielen türkischen und arabischen Bürgern, die Einsatzkräfte auf derartige Situationen vorbereitet sein.

Bei einem Stromausfall wird sich die linksextreme Szene gegenseitig unterstützen, die Netzwerke funktionieren gut. Dies kann im Extremfall auch bedeuten, dass z. B. Supermärkte geplündert werden, um sich zu versorgen. Die Normen der linksextremistischen Szene idealisieren solche Handlungen. Im Krisenfall ist prinzipiell mit prosozialem Verhalten zu rechnen, innerhalb der stützenden Netzwerke gelten jedoch teilweise eigene Wertvorstellungen. Die Vorratshaltung ist schlecht, sodass es bei einem längeren Stromausfall in dieser Szene durchaus zu Versorgungsengpässen kommen könnte. Dies könnte in diesen Kreisen als Anlass ausreichen, um Plünderungen zu begehen. Dem könnte durch die schnelle Versorgung der Szene entgegen gewirkt werden. Auch die Einbindung in die Krisenbewältigung wäre sinnvoll.

Schwierigkeiten könnten bei notwendigen Evakuierungen entstehen. Die Räumung von Wohnungen und Häusern ist in der autonomen Szene negativ besetzt, sodass es zu offenem Widerstand kommen könnte. Wenn Evakuierungen notwendig werden, sollte in den entsprechenden Straßenzügen besonders sorgfältig aufgeklärt und informiert werden.

5.2 Vergleich der Institutionen

Die Polizei und die Feuerwehr sind in Bezug auf die Zuständigkeiten im Stadtgebiet sehr unterschiedlich organisiert. Die Polizei verteilt sich auf wesentlich mehr Polizeabschnitte. Die Beamten in einem Abschnitt sind dann nur für den jeweiligen Abschnitt zuständig, es kommt selten zu Einsätzen außerhalb des Abschnittsgebietes. Die Feuerwehr arbeitet großflächiger. Es gibt weniger Feuerwehrewachen mit relativ großem Zuständigkeitsbereich. Einsätze in Bereichen von anderen Feuerwehrewachen kommen regelmäßig vor, wenn z. B. der nächste Löschzug gerade woanders im Einsatz ist.

Die befragten Einsatzkräfte der Polizei und Feuerwehr sehen die eigene Kraftstoffversorgung, bei einem längeren Stromausfall, als großes Problem. Einige Abschnitte der Polizei und Wachen der Feuerwehr sind gut mit Kraftstoffvorräten versorgt oder in unmittelbarer Nähe von größeren Tanklagern, wie z. B. die FW Bukow. Viele sind jedoch nur mit dem Kraftstoff in den Fahrzeugen und sehr kleinen Tanks für Notstromaggregate ausgestattet. Wenn dann noch große Entfernungen zu den nächsten notstromversorgten Tankstellen hinzukommen, ist die Zuführung von Kraftstoff durch



andere Hilfskräfte nicht zu vermeiden.

Insgesamt wurde das Szenario Stromausfall von den befragten Feuerwehrmännern wesentlich problematischer bewertet, als von den befragten Polizisten. Vor allem in sozialschwachen Gebieten mit hohem Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund erleben die befragten Feuerleute alltägliche Einsätze häufig negativ. Sie berichten von einer hohen Erwartungshaltung und mangelnder Akzeptanz durch die Bewohner der Quartiere. Im Berufsalltag empfinden die Befragten Situationen, in denen die Feuerwehr eigentlich helfen will, aber dann durch Bewohner behindert wird, als sehr belastend. Die Interaktion mit der Bevölkerung wird dabei – auch aufgrund der geringen Anzahl von Einsatzkräften - nicht als Teil der regulären Arbeit gesehen.

Die Polizei berichtet in den gleichen Quartieren ebenfalls von mangelnder Akzeptanz und einer hohen Erwartungshaltung der Bewohner. Die befragten Polizisten begreifen die Auseinandersetzung mit den Bewohnern im Gegensatz zur Feuerwehr jedoch eher als Teil der Arbeit. Die Befragten schildern durchaus ähnlich kritische Einsatzsituationen wie die Feuerwehr, ziehen aber andere, positivere Schlussfolgerungen. Ein möglicher Erklärungsansatz für die unterschiedliche Bewertung der Arbeitssituation in den problematischen Quartieren, ist die Qualität der Vernetzung mit anderen Institutionen und Anwohnern vor Ort. Die Polizei ist durch Kontaktbereichsbeamte und die Zusammenarbeit mit Vereinen und Institutionen wie Schulen und Kindergärten besser im Quartier vernetzt als die Feuerwehr. Viele Polizeibeamte machten auch deutlich, durch die Ausbildung und Schulungen auf die Interaktion mit der Bevölkerung in schwierigen Situationen vorbereitet worden zu sein. Wichtig ist auch, dass sie die Bewohner nicht nur aus kritischen Lebenssituationen kennen, sondern auch in entspannter Atmosphäre ohne besondere stresserzeugende Ereignisse. Anfeindungen im Einsatz werden anders eingeordnet. Die Unterschiede in der Bewertung von kritischen Einsätzen zogen sich durch alle Befragungen von Polizei und Feuerwehr, die Ausnahme bildete ein Feuerwehrmann in Kreuzberg. Der Befragte wohnte, im Gegensatz zu allen befragten Kollegen, selbst im kritischen Einsatzgebiet (Kreuzberg) und bewertete Anfeindungen ähnlich wie sonst die Polizei. Der Befragte kennt die Bewohner des Quartiers auch in unkritischen Alltagssituationen und geht mit Anfeindungen im Einsatz konstruktiver um, als die anderen befragten Feuerwehrkollegen in den kritischen Gebieten.

Viele Einsatzkräfte wohnen nicht in der Nähe ihrer Dienststellen. Dies bedeutet für den ersten Schichtwechsel nach dem Stromausfall, dass durch den Ausfall der öffentlichen Verkehrsmittel und die Verkehrsstauungen nicht alle rechtzeitig auf den Dienststellen erscheinen können. Vor allem bei der Feuerwehr, zum Teil auch bei der Polizei, rechnen Befragte damit, dass Kollegen auch an den Folgetagen nicht zum Dienst erscheinen, sondern sich zunächst um die eigene Familie kümmern. Als mögliche Gründe für ein Fernbleiben vom Dienst wurden private Schwierigkeiten, wie ein Pflegefall oder ein kleines Kind zu Hause genannt. Die im Vergleich zur Polizei insgesamt deutliche höhere Befürchtung der befragten Feuerwehrleute, dass Kollegen nicht zum Dienst erscheinen, könnte auch auf die wesentlich negativeren Vorstellungen vom fiktiven Szenario Stromausfall zurückzuführen sein. Die befragten Feuer-



wehrleute nahmen signifikant problematischere Folgen eines längeren Stromausfalls an. Das vermutete Negativszenario hat in der Vorstellung der Befragten auch gravierende Folgen für den eigenen Haushalt. Die Polizei ging bei der Befragung in dem Gedankenexperiment Stromausfall eher von einem schwierigen, aber in positivem Sinne zu bewältigenden Szenario aus.

In Bezug auf die Versorgung der Einsatzkräfte selbst ist die Situation bei Polizei und Feuerwehr ähnlich schlecht. Die Feuerwehr hat zwar kleine Küchen auf den Wachen, aber nur geringe Vorräte. Die Polizei hat keine Vorräte zur Versorgung der Einsatzkräfte und auch keine Möglichkeit, etwas auf der Dienststelle zuzubereiten. Polizisten versorgen sich im Dienst viel durch private Schnellküchen, die bei einem Stromausfall nicht mehr zur Verfügung stehen. Räumlichkeiten und Betten zum Ausruhen oder Schlafen sind bei der Polizei ebenfalls nicht oder äußerst selten vorhanden. Die Versorgung der Einsatzkräfte muss im Krisenfall sichergestellt sein. Die Situation bedeutet für alle eine hohe körperliche und mentale Belastung.

Die Ressourcen (technische und personelle) von Polizei und Feuerwehr sind bei einem großen Stromausfall schnell verbraucht. Einsätze müssen dann nach Priorität geordnet abgefahren werden, sodass die Bevölkerung durchaus spüren wird, dass nicht für alle Aufgaben genug Einsatzkräfte vorhanden sind. Die Reaktionszeiten, bis ein Einsatzfahrzeug vor Ort sein kann, werden vor allem zu Beginn deutlich ansteigen. Verantwortlich dafür sind die Verkehrsbehinderungen und der Ausfall von Kommunikationsmöglichkeiten.

Die Annahme von Notrufen wird in den ersten Stunden die entsprechenden Leitstellen an die Leistungsgrenzen bringen. Im weiteren Verlauf des Stromausfalls wird dann die Annahme und Koordination von Notrufen für Polizei und Feuerwehr schwierig, da die Telefone der Bevölkerung nicht mehr funktionieren. Notrufe müssen dann dezentral, in den einzelnen Abschnitten und Wachen bzw. an Einsatzfahrzeugen entgegengenommen und dann in die Koordinationsstellen weitergeleitet werden.

5.2.1 Besonderheiten bei der Polizei

Die Weiterleitung von Informationen für die Bevölkerung und Präsenz zeigen begreift die Polizei als zentrale Aufgaben bei einem Stromausfall. Hinzu kommt der gezielte Schutz kritischer Gebäude. Die Regelung des Verkehrs kann nur punktuell möglich sein, möglicherweise müssen für BOS-Fahrzeuge² exklusive Wege freigemacht und frei gehalten werden.

Die Polizei ist in den Kiezen sehr gut vernetzt, so die einhellige Meinung aller befragten Polizeibeamten. Diese Vernetzung ist im Krisenfall eine enorm wichtige Ressource, die zur Beruhigung, zur Verbreitung von Informationen und zur Konfliktbewälti-

² Zu den BOS gehören neben öffentlichen Organisationen auch gemeinnützige Vereine und im Rettungsdienst auch private Unternehmen. BOS sind neben den Polizeien, dem Zoll, dem Technischen Hilfswerk (THW) sowie den Feuerwehren auch die Organisationen des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes



gung genutzt werden kann.

Zum Teil gab es Kritik an den vielen Dienstvorschriften der Polizei, die letztlich im Krisenfall die Arbeit vor Ort behindern. Die Vorschriften könnten dazu führen, dass sich niemand mehr traut eine eigene Entscheidung zu fällen, so die Aussage von befragten Polizeibeamten. Die Notfallpläne und Geschäftsanweisungen bieten aber auch eine zusätzliche Ressource. So können mit relativ geringem Aufwand angepasste Pläne zur Bewältigung der Lage erstellt werden.

5.2.2 Besonderheiten bei der Feuerwehr

Die Feuerwehr sieht sich bei einem Stromausfall mit einer Vielzahl von eher technischen Aufgaben, wie der Befreiung aus Fahrstühlen oder der Versorgung mit Notstrom, Kraftstoff und Wasser konfrontiert. Die Information der Bevölkerung sehen die meisten Befragten nicht als Aufgabe der Feuerwehr. Zum Teil wird allerdings durchaus die mögliche Leuchtturmfunktion der notstromversorgten Feuerwachen gesehen, die auch für die Interaktion mit der Bevölkerung genutzt werden könnte.

Bei der Feuerwehr sehen einige Befragte nur in den ersten Stunden Schwierigkeiten, genügend Einsatzkräfte zusammenzubekommen. Wenn im weiteren Verlauf die freiwillige Feuerwehr alarmiert wird, könnte es eher zu einer Überdeckung mit Personal kommen, da alle verfügbaren Fahrzeuge dann ausgerückt sind. In einem solchen Fall wären genug personelle Ressourcen vorhanden, um in den Wachen Aufgaben zur Information der Bevölkerung zu übernehmen.

6. Hinweise für die angestrebte technische bzw. logistische Lösung zur Kraftstoffversorgung im Rahmen von TankNotStrom

Die psychosoziale Begleitforschung im Rahmen von TankNotStrom soll letztlich dazu dienen, Erkenntnisse für eine erfolgreiche Umsetzung und Implementierung der angestrebten Lösung zur Kraftstoffversorgung zu liefern. Aus den Befragungen ergeben sich mehrere konkrete Hinweise, die bei der Konzeption der technisch-logistischen Lösung beachtet werden müssen:

Vor allem in den Randbezirken Berlins sind die Einsatzkräfte auf zusätzliche Möglichkeiten zur Betankung der Fahrzeuge bei einem Stromausfall angewiesen. Die Fahrtwege zu den eher zentral gelegenen, notstromversorgten eigenen Tankstellen sind sehr weit.

Zu beachten ist auch, dass sich die Bewohner in sozialschwachen Gebieten schnell ungerecht behandelt fühlen. Deshalb ist bei Tankstellen, die ausschließlich einem bestimmten Personenkreis vorbehalten sind, darauf zu achten, dass die selektive



Abgabe von Treibstoff mit dem Gerechtigkeitsgefühl der Bewohner kollidieren kann und dann problematische Reaktionen vorstellbar sind.

Vor allem Krankenhäuser mit Fernwärmeanschluss verfügen meist nur über Tanks mit Kraftstoffvorräten für 24 Stunden. Durch die relativ engen Nachfüllintervalle würde eine Sensorkommunikationseinheit in den Kraftstofftanks dort besonders sinnvoll sein.

Die Logistik zur Versorgung der Tanks kann erst nach der Auflösung des anfänglichen Verkehrschaos wirksam umgesetzt werden. Das kann bedeuten, dass die ersten Nachfüllungen erst nach acht Stunden möglich werden.

7. Fazit

Die Befragung ausgewählter Polizeiabschnitte und Feuerwehrewachen hat viele praktische Aspekte der Katastrophenbewältigung aufgezeigt. Das Vorgehen, zunächst auf tatsächlich erlebte Einsatzerfahrungen zurückzugreifen und darauf aufbauend mit den Befragten das Szenario Stromausfall gedanklich zu bewerten, hat sich bewährt. Dadurch wurde für die Befragten das Szenario greifbar.

Der größte Teil der dargestellten Ergebnisse sind durch Befragungen in Quartieren gewonnen worden, die nach unserer Überzeugung repräsentativ für einen bestimmten Typus von Berliner Stadtquartieren sind. Vor diesem Hintergrund halten wir es für vertretbar, die Folgerungen – insbesondere im Hinblick auf erforderliche Maßnahmen – auf diesen Typus zu verallgemeinern.

Trotz der Konzentration der Befragungen auf potenziell problematische Gebiete konnten auch Erkenntnisse über unproblematische, gutbürgerliche Gegenden gewonnen werden. Im Detail wurde allerdings nicht weiter auf angrenzende Einfamilienhausgebiete oder ähnliche Wohnstrukturen eingegangen, da die Befragten bei einem Stromausfall vor allem in den sozialschwachen Bevölkerungsteilen Schwierigkeiten vermuteten.

Es konnten außerdem wertvolle Erkenntnisse über die Art der Interaktion mit der Bevölkerung durch Polizei und Feuerwehr gewonnen werden. Dabei zeigte sich, dass eine gute Vernetzung mit der Bevölkerung vor Ort und eine kontinuierliche Kooperation mit lokalen Einrichtungen und Institutionen davor schützen, schwierige und problematische Einsatzerfahrungen negativ auf die ansässige Bevölkerung zu verallgemeinern.



Anhang

Leitfaden

Der Leitfaden dient als Orientierung. Das Gespräch soll möglichst offen geführt werden. Ziel ist es, viel Information vom Gesprächspartner zu bekommen, denn diese sind auf ihrem Gebiet die Fachleute, die Experten. Der Leitfaden dient dazu, keine wichtigen Punkte zu vergessen.

Vorstellung des Projekts zu Beginn des Gesprächs

„Das Projekt „TankNotStrom“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert und ist interdisziplinär angelegt. Das Szenario eines sechstägigen Stromausfalls in Berlin und Brandenburg steht dabei im Mittelpunkt. Auf der technischen Seite des Projektes sollen Lösungen für die Kraftstoffversorgung entwickelt werden, auf der psychosozialen Seite die Reaktionen der Bevölkerung abgeschätzt werden. Die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (Fachbereich 5, Projektleitung Prof. Dr. Sticher/ Prof. Dr. Ohder) übernimmt diesen psychosozialen Teil. Da Berlin kein einheitliches Stadtgebiet ist, sondern die einzelnen Quartiere Besonderheiten in Bezug auf kulturelle, sozioökonomische und stadtbauliche Faktoren aufweisen, sind wir auf die Erfahrungen der vor Ort Tätigen – vor allem der Polizei und Feuerwehr - angewiesen, um die möglichen Reaktionen der Bewohner der Quartiere auf einen länger andauernden Stromausfall zu erfassen. Besonders interessieren uns deshalb Ihre positiven und negativen Erfahrungen im Dienst, zu denen wir Sie als Experten jetzt gerne befragen würden. Das Gespräch wird etwa 30-45 Minuten dauern.“

Vorstellung der Personen

- persönliche Vorstellung der Fragenden: Name, Funktion, Beruf
- Erfahrungshintergrund der befragten Person
 - o Funktion/Dienstgrad
 - o Dienstjahre (allgemein und im Abschnitt)
 - o Alter
- Zusicherung der Anonymität: Sämtliche gewonnenen Informationen werden anonymisiert. Es geht in dem Gespräch nicht um die Person an sich, sondern um berufliche Erfahrung und darauf aufbauende Einschätzungen. Das Gespräch wird aufgezeichnet, um die Gespräche auszuwerten.

Erfahrungen bei Einsätzen

- Gibt es Hilferufe/Notrufe/Einsätze, die besonders oft in Ihrem Abschnitt vorkommen?
 - o durch wen?
 - o weshalb?
- Wie verlaufen diese Einsätze in der Regel?
 - o Werden Sie von den Anwohnern akzeptiert und respektiert?
- Hatten Sie bereits negative Erfahrungen?



(Widerstand, Zusammenschluss von Bewohnern gegen Einsatzkräfte, Gruppenbildung?)

- Hatten Sie Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit der Bevölkerung?
 - Wenn ja,
 - welche Art von Schwierigkeiten trat auf?
 - Wie kam es zu diesen Schwierigkeiten?
- Wie konnten Sie derartige Situationen lösen?

Übertragung der Erfahrungen auf das Szenario „Stromausfall“

An einem Montag um 12:00 Mittags fällt der Strom für sechs Tage aus.

- Welche Schwierigkeiten sehen Sie in Bezug auf Ihren Abschnitt und dessen Bevölkerung?
- Erwarten Sie Schwierigkeiten, die aus den spezifischen baulichen oder infrastrukturellen Gegebenheiten Ihres Abschnitts erwachsen?
- Wie wird die Bevölkerung vermutlich auf anhaltenden Stromausfall reagieren?
 - gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistung
 - unsoziale Verhaltensweisen
 - kriminelle Verhaltensweisen (Plünderungen, Diebstahl ...)
- In welchen Bereichen bräuchte die Bevölkerung Unterstützung?
- Welche Personen in der Bevölkerung benötigen Ihrer Meinung nach besondere Unterstützung?
- Was glauben Sie, erwartet die Bevölkerung von Ihnen?
- Wie würden Sie die Bevölkerung bei einem anhaltenden Stromausfall informieren?
- Können Sie die Vorratshaltung der Bevölkerung im Abschnitt einzuschätzen?

Haben Sie noch etwas hinzuzufügen? Anmerkungen? Fragen?

Zusammenfassung der Konsequenzen für Krisenvorsorge und -management

In den Auswertungen der Gespräche wurde immer auch auf die Konsequenzen für Krisenvorsorge und –management Bezug genommen. Um diese in einer Übersicht zusammenzufassen, wurde die folgende Tabelle erstellt.

Konsequenzen für Krisenvorsorge und -management

	materiell	organisatorisch
Ampelsysteme/ Verkehrschao	Dienstfahräder	Freihalten von Rettungswegen, Regelung nicht möglich/ Verkehrsregelung durch geschlossene Einheiten/ Verkehrsverbote, Freihaltung wichtiger Routen/ Verkehrsregelung muss Vorrang haben, um Einsatzkräfte Arbeit zu ermöglichen
Beleuchtung und Kassensysteme		Geschäfte über Maßnahmen zum Eigenschutz informieren, keine Hilfe von Polizei erwarten/ Ungerechtigkeiten vorbeugen, Aufklärung, möglicherweise Vermeidung ungleicher Verteilung von Strom, Konfliktgebiete bei der Versorgung bevorzugen
Funk	NSA für Absicherung	Möglichkeiten zur Bewältigung eines erhöhten Notrufaufkommens schaffen
Telefone/ Kommunikation mit Bevölkerung/ Informationen	Räume/ Empfangsstellen an den Wachen vorhalten/ Vorbereitung von Infomaterial/ Ausstattung mit geeigneten Infotheken	Weiten Fußweg zur Wache beachten/ Direkte Kommunikation berücksichtigen, wichtig für Leuchtturmfunktion/ Kommunikation auch Aufgabe der Feuerwehr/ Bürgerämter einbinden/ Kommunikation der Feuerwehr mit Bevölkerung; Abbau von Demotivation; Aufbau von „normalen Kontakten zur Bevölkerung“
Fernseher	Langeweile	Einbeziehung der Bevölkerung
ÖPNV/ U-Bahn	Ausbildung der Fahrer	Information, ob ein normaler Arbeitstag möglich ist/ Bewältigung nur für BVG möglich?
Fahrstühle/ Menschen kommen nicht in/ aus Whg.		Offene Frage, ob hier Vorkehrungen zu treffen sind/ Selbsthilfe der Bevölkerung organisieren



Wasser	Vorräte bereithalten/ Trinkwasserschläuche zur Versorgung/ Wasser abholen bei Feuerwehr / aufgefüllte Tanks	Evakuierungen planen (Flächen/ Umfang)/ Vorräte zur Nutzung mit Trinkwasserschläuchen planen/ Wasserversorgung planen
Abwasser	Notunterkünfte oder Selbsthilfe/ Unterkunft bei Freunden, Nachbarn	Evakuierungen
Lebensmittel	Vorsorge vor allem für Alleinlebende, Studenten, Hartz4 Empfänger/ Ausreichend geeignete Lebensmittel/ Vorratshaltung für Polizei	Mehrere Ausgabestellen, um Überfüllung zu vermeiden/ Essenverteilung an zentralen Stellen/ Adressen des fahrbaren Mittagstisches weitergeben und Hilfe vor Ort organisieren
NSA Feuerwehr/ Polizei		Betankung einplanen
Tankstellen	Dezentral Sprit stromunabhängig vorhalten/ dezentrale Depots aufbauen	Bei Planung weite Wege berücksichtigen/ Versorgung von KH planen/ freiwillige Feuerwehr bei Priorisierung der Einsatztankstellen berücksichtigen
Personal BOS	Schlafmöglichkeiten/ Überdeckung, da nicht genug Einsatzfahrzeuge	Dienstpläne/ mentale Belastung der Kräfte berücksichtigen
Ältere Personen	Stromunabhängige Informationen/ Isolation/ vermehrte Schwierigkeiten	Systematisierung von Informationen, Flugblätter/ Nachbarschaftshilfe aktivieren/ Informationen über Verortung
Drogensüchtige	Anlaufstellen	Sozialarbeiter einbeziehen
Dialyse		Ausfall planen, Ersatzstationen vorbereiten
Beatmung		Zentrale Listen einführen
Krankenhaus/ Psychiatrie		Bei eventueller Evakuierung schwierig Ersatz zu finden, da hoch spezialisiert
Schering Pharma		Möglicherweise notwendige Amtshilfe vorher abklären
Biolabore		Klassifizierung kontrollieren
Brand- sicherungstechn. Anlagen		Kleine Brände mit mobilen Feuerlöschern löschen



Literaturverzeichnis

Buchwald P., Schwarzer C., Hobfoll S. E. (Hrsg.) (2004): *Stress gemeinsam bewältigen – Ressourcenmanagement und multiaxiales Coping*. Hogrefe, Göttingen.

Dombrowski W. R. (2009): *Wissenschaftliches Fachgutachten zur Unterstützung der Länder- und Ressortübergreifenden Krisenmanagement-Übung LÜKEX 2009/2010 aus soziologischer Perspektive*.

Hobfoll S. E. (1998): *Stress, Culture, and Community*. Plenum Press, New York.

Lazarus R.S. (1984): *Stress, appraisal, and coping*. Springer Publishing Company, New York.

Meinlschmidt G. (Hrsg.) (2008): *Sozialstrukturatlas Berlin 2008*. Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Berlin.

Ungerer D. & Morgenroth U. (2001): *Analyse des menschlichen Fehlverhaltens in Gefahrensituationen*. Zivilschutzforschung Band 43.

Danksagung

Die Arbeiten im Rahmen des Verbundprojektes „Energie- und Kraftstoffversorgung von Tankstellen und Notstromaggregaten bei Stromausfall (TankNotStrom)“ werden unter dem Förderkennzeichen 13N9972 im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.